

FREIBERUFLER-TICKER vom 12. August 2022

1. Folgen der Coronakrise für den Arbeitsmarkt

Für gut vier von zehn Betrieben verschärften sich die Probleme bei der Besetzung offener Stellen im Jahr 2021 gegenüber 2019, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Ende vergangener Woche [mitteilte](#). Die Betriebe machen hierfür überwiegend den Rückgang an (geeigneten) Bewerbungen, teils auch pandemiebedingte Einschränkungen im Rekrutierungsprozess verantwortlich. Manche Betriebe mussten daher Überstunden anordnen oder Aufträge reduzieren. Viele Betriebe mussten zudem häufig Kompromisse eingehen, um Stellen besetzen zu können.

2. Folgen des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise für Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Hierzu legte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung am 9. August 2022 einen [Forschungsbericht](#) vor. Auf Basis von Modellrechnungen werden zwei Szenarien simuliert: ein Szenario mit Krieg in der Ukraine, das die tatsächlichen Entwicklungen widerspiegelt, und ein Szenario, in dem es zu keinem Krieg in der Ukraine gekommen wäre (Alternativszenario). Bis 2030 verliert die deutsche Wirtschaft auch ohne einen kompletten Gas-Lieferstopp über 260 Milliarden Euro an Wertschöpfung, die durch den Krieg in der Ukraine und die Energiekrise nicht realisiert werden kann. Auf Basis der getroffenen Annahmen kommt es zunächst zu überwiegend negativen Effekten auf den Arbeitsmarkt, die sich mit der Zeit abschwächen. Im Durchschnitt werden zwischen 2022 und 2028 150.000 Personen weniger beschäftigt sein als im Alternativszenario. Durch den Zuzug von Geflüchteten nimmt die Erwerbsbevölkerung in Deutschland zwar zu, die schlechteren Wirtschafts- und Verdienstaussichten führen in den ersten Jahren jedoch zu einem nahezu unveränderten Arbeitskräfteangebot. Erst ab 2025 schlägt sich der Zuzug in einem höheren Arbeitskräfteangebot nieder.

3. Entwicklung der Erwerbspersonen

Die Generation der Babyboomer spielt im Zusammenhang mit der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in Deutschland eine große Rolle. In den nächsten 15 Jahren werden die zahlenmäßig stärksten Jahrgänge, geboren zwischen 1957 und 1969, in den Ruhestand gehen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) aus dem Mikrozensus 2021, die Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) wurden, werden bis 2036 12,9 Millionen Erwerbspersonen das Renteneintrittsalter überschritten haben. Dies entspricht knapp 30 Prozent der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen. Überdies stellt Destatis fest, dass jüngere Altersgruppen ältere zahlenmäßig nicht ersetzen werden und dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen noch immer deutlich niedriger als die der Männer ist.

4. Geschäftsklima für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen fällt auf Rekordtief

So das Ergebnis des aktuellen Indexes für dieses Segment, den das ifo Institut erstellt. Laut dessen [Mitteilung](#) vom Ende vergangener Woche fiel dieser im Juli 2022 auf minus 12,1 Punkte (nicht saisonbereinigt), nach minus 1,1 im Juni 2020. Die Solo-Selbstständigen können sich dem negativen Sog der Gesamtwirtschaft nicht entziehen. Auch hier macht sich verstärkt Pessimismus breit, so die Forscher. Die positive Entwicklung seit März 2022 ist gebrochen. Der Indikator fiel auf den niedrigsten Stand seit Einführung im August 2021. Auch die Freien Berufe sind skeptisch, wie aus der am 8. Juli 2022 [veröffentlichten](#) BFB-Konjunkturumfrage hervorging. Sie sorgen sich im Zuge des Krieges gegen die Ukraine vor einer sich weiter verfestigenden Wirtschaftskrise und einem schwierigen Marktumfeld.

5. Kleinstbetriebe haben beim Wettbewerb um Auszubildende weiterhin das Nachsehen

Auch im zweiten Jahr der Coronapandemie sank die Anzahl der Auszubildenden weiter – von 1,54 Millionen (2020) auf 1,52 Millionen (2021). Sie hat damit wieder das Niveau von 2017 erreicht. Dies zeigt eine Sonderauswertung der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für das Institut für Mittelstandsforschung Bonn, die am 8. August 2022 [veröffentlicht](#) wurde. Der Rückgang trifft jedoch nicht alle Betriebsgrößenklassen gleichermaßen. Während sich Ende 2020 in Großbetrieben (500 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) sowie in kleinen Betrieben (10 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) kaum Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr zeigen, ist die Anzahl der Auszubildenden insbesondere in Kleinst- und mittleren Betrieben rückläufig. So waren zum 31. Dezember 2021 in Kleinstbetrieben (höchstens neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) rund 5.900 (minus 2,5 Prozent) weniger Auszubildende beschäftigt als Ende 2020. In mittleren Betrieben mit 50 bis 249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren es rund 10.300 Auszubildende weniger (minus 2,4 Prozent). Ein weiteres Erkenntnis: Unter allen Betriebsgrößenklassen leiden die Kleinstbetriebe am meisten unter dem Auszubildendenrückgang: Waren in 2008 noch mehr als 21 Prozent aller Auszubildenden in diesen Betrieben beschäftigt, so fanden sich Ende 2021 dort nur noch etwas mehr als 15 Prozent.

6. Moderne Berufsschulen für die Ukraine

Die KfW unterstützt im Auftrag der Bundesregierung die Modernisierung der Berufsbildung in der Ukraine. Mit dem Anfang August 2022 bereitgestellten Zuschuss in Höhe von 20 Millionen Euro werden Exzellenzzentren an Berufsschulen geschaffen, um berufliche Aus- und Fortbildung im Land attraktiver zu machen. Diese Maßnahme soll auch einen Beitrag dazu leisten, der ukrainischen Jugend Perspektiven im eigenen Land zu bieten. Das [teilte](#) die KfW Ende vergangener Woche mit.

7. Gründungsquote gestiegen

Der BFB hat das Thema Gründung und auch Übernahme, vor allem von Frauen, zum Schwerpunkt seiner Arbeit 2022 gemacht, die dritte Gründerinnenkonferenz findet am 14. November 2022 im Allianz-Forum in Berlin statt. In diesem Zusammenhang ist eine Belebung der Gründung, über die jetzt das RWI mit einem Auszug aus der [GEM-Gründungsquote](#) (Total early-stage Entrepreneurial Activity) berichtete, mitteilenswert: Danach haben im Jahr 2021 sowohl Frauen als auch Männer wieder häufiger als im Vorjahr gegründet: 5,3 Prozent der Frauen und 8,4 Prozent der Männer haben in Deutschland erste Schritte in Richtung Selbstständigkeit unternommen oder bereits ein Unternehmen gegründet. 2020 lag die Quote bei den Frauen bei 4,4 Prozent und bei den Männern bei 5,1 Prozent. Besonders auffällig bei der aktuellen Erhebung ist die Gründungsneigung von Frauen, die nicht in Deutschland geboren sind – denn sie haben mit einer Quote von knapp 14 Prozent deutlich öfter gegründet als Frauen, die in Deutschland geboren sind. Trotz der gestiegenen Gründungsquoten bei den Frauen ist der „Gender Gap“ aber immer noch deutlich, denn nach wie vor gründen Frauen seltener ein Unternehmen als Männer. Die GEM-Gründungsquote wird als Anteil derjenigen 18- bis 64-Jährigen definiert, die während der letzten 3,5 Jahre ein Unternehmen gegründet haben und/oder gerade dabei sind, ein Unternehmen zu gründen. Mehr im GEM Länderbericht Deutschland 2021/22 als [Download](#).